

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Unsoziale Tarifsatzung der Berliner Bäder-Betriebe muss weg!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, seine Genehmigung für die seit dem 01.01.2014 geltende Tarifsatzung der Berliner Bäder-Betriebe sofort zurückzuziehen.

Begründung:

Die neue Tarifsatzung ist unsozial. Die zahlreichen Proteste der Bürgerinnen und Bürger belegen, dass die mit der Neugestaltung der Bäder-Eintrittspreise beabsichtigte Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit, bessere Auslastung der Bäder und Gewinnung neuer Badbesucherinnen und -besucher nicht erreicht wird. Im Gegenteil. Viele regelmäßige Nutzerinnen und Nutzer werden durch die Preissteigerungen abgeschreckt. Zielstellung des Antrags ist es, darauf hinzuwirken, dass die Berliner Bäder-Betriebe ihrem gesetzlichen Auftrag, der sozialen Daseinsvorsorge, gerecht werden.

Berlin, d. 15. Januar 2014

U. Wolf Dr. Hiller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke